

Antwort zum Leitartikel "Das Ei des Kolumbus des Grenzlandes" von Niels-Ole Krogh in der Flensburg Avis vom 12.02.2020

Glenn Dierking, Ratsmitglied SSW

Der Leiter der Flensburg Avis zeigt sich gegenüber der realen Situation und der gesamten politischen Diskussion über die Zukunft des Flensburger Hafens viel zu nachlässig.

Erstens dürfte es auch für die Flensburger Avis einer kritischen Betrachtung wert sein, dass die Verwaltung im letzten Jahr behauptete, ein Umzug des Hafens Ost auf die Westseite würde nur drei Millionen Euro kosten. So stand es in den Unterlagen, die dem Finanzausschuss als Grundlage zur gesamten Zukunftsplanung der Bebauung des Osthafens dienten.

Jetzt gibt es eine Machbarkeitsstudie, aus der hervorgeht, dass das Projekt mindestens 10 Millionen Euro kosten wird, wenn nicht sogar bis zu 38 Millionen Euro, je nachdem welche der vier Varianten gewählt würde. Wenn man auf die gleichwertigen Funktionen der heutigen Ostseite bestehen würde, wird der angestrebte Westhafen um die 38 Millionen Euro teuer.

Auch ist es nicht weniger skandalös, dass die Flensburger Verwaltung, trotz Kritik mehrerer Ratsmitglieder, im letzten Jahr eine viel zu niedrige Kalkulation vorlegte. Damit wurde der Beschluss auf einer falschen Grundlage gefasst. Hier erwarten wir seitens der Zeitung mehr Einsatz durch ein journalistisches Nachbohren.

Zweitens ist es deutlich zu kritisieren, dass der Ausdruck „das bisschen Fahrerei“, benutzt wird, während die Flensburg Avis vorschlägt, dass der Industriehafen nach Apenrade verlegt wird. Das, obwohl im Flensburger Hafen im vergangenen Jahr 156.000 Tonnen bewegt wurden, mit steigender Prognose (2018: 116.000). Das entspricht mindestens 5200 Lastwagen im Jahr, die den Weg durch die Neustadt suchen, wenn der Westhafen zur Realität wird.

Diese 156.000 Tonnen müssten dann von Apenrade nach Flensburg gefahren werden, unter Berücksichtigung des CO₂ – Ausstoßes, die das mit sich bringt. In Zeiten von „Friday's for Future“, die den Fokus auf den Klimaschutz richten, wo auch Flensburg Avis in zunehmendem Grad eine umweltbewusste Ausrichtung in

fast allen Bereichen zeigt, kommt mir der Ausdruck „das bisschen Fahrerei“ etwas unzureichend umschrieben vor.

Drittens besteht eine reelle Gefahr, dass die Stadt Flensburg eine große Summe, der Zuschüsse, die seinerzeit für die Renovierung des Industriehafens zur Verfügung gestellt wurden, an das Land zurück zahlen muss.

Viertens ist es möglich, dass Flensburg den Status eines „Bundeshafens“ verliert, wenn der Industriehafen stillgelegt wird und das wäre mit weiteren Einschränkungen für die Schifffahrt und Werft verbunden.

Fünftens hat das Ministerium für Gewerbe und Handel der Verwaltung deutlich mitgeteilt, dass es keine Zuschüsse für einen Industriehafen auf der Westseite geben würde, da man der Meinung ist, dass die östliche Seite des Hafens besser geeignet wäre. Schließlich seien die Zufahrtswege von der Ost-Umgehung speziell für die Bedürfnisse des Industriehafens geplant worden.

Sechstens ist da die finanzielle Situation, zu der wir Ratsleute Stellung nehmen müssen. Zwischen unseren eigenen Berechnungen und den Berechnungen der Stadt zu den gesamten Ausgaben für den Umzug des Industriehafens von Ost nach West, steht eine Differenzsumme von über 40 Millionen.

Dafür können wir SSW-Ratsmitglieder nicht gerade stehen. Hier müsste die Flensburg Avis viel tiefer in den Tatsachen graben. Wo ist hier investigativer Journalismus?

Siebtens ist es ziemlich geschichtslos einfach zu empfehlen, den Industriehafen still zu legen. Denkt man an die lange Geschichte, die Flensburg als Hafenstadt und welche besondere Bedeutung er für die Stadtentwicklung insbesondere in der dänischen Vergangenheit bis in die heutige Zeit hatte.

Dies würde auch ein außergewöhnlich schlechtes Signal an die Gewerbetreibende in der Umgebung des Hafens senden.

Der Leserbrief ist von der Flensburg Avis leicht gekürzt worden.